

**INTERPELLATION** von Bettina Volland (SP, Zürich), Regula Götsch (SP, Kloten) und Jacqueline Fehr (SP, Winterthur)

betreffend Massnahmen gegen die Wirtschaftskrise

---

Täglich verlieren im Kanton Zürich Angestellte ihren Arbeitsplatz, fast jede Woche wird ein Betrieb geschlossen. Die Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich hat einen Rekordstand erreicht, ein Ende der Krise ist nicht in Sicht.

Wir bitten deshalb die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wieviele Arbeitsplätze wurden in den letzten drei Jahren im Kanton Zürich abgebaut?
2. Welche Branchen waren besonders vom Arbeitsplatzabbau betroffen?
3. Wie schätzt die Regierung die Arbeitsmarktsituation für die kommenden Jahre ein?
4. Was gedenkt die Regierung gegen die depressive Wirtschaftslage im Kanton Zürich zu unternehmen?
5. Was gedenkt die Regierung gegen die steigende Erwerbslosigkeit zu tun?
6. Steht die Regierung in Kontakt mit den grossen Arbeitgebern im Kanton Zürich?
7. Welche anderen Informationsquellen nutzt die Regierung, um über die kommende wirtschaftliche Entwicklung auf dem Laufenden zu sein?
8. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die öffentliche Hand die Arbeitslosigkeit nicht auch noch steigern darf durch Arbeitsplatzabbau beim Kanton?

Bettina Volland  
Regula Götsch  
Jacqueline Fehr

R. Brunner  
P. Oser  
D. Jaun  
T. Kohler  
Dr. T. Huonker  
S. Rusca Speck

H. Schmid  
A. Guler  
R. Keller  
W. Spieler  
R. Bapst  
G. Keller

A. Bucher  
R. Ziegler  
Dr. M. Voser  
Dr. Ch. Spillmann  
L. Waldner  
Dr. H. Mosimann

H. Attenhofer  
P. Stirnemann  
Dr. A. Riedi  
E. Lalli Ernst  
E. Arnet

Begründung:

Die unsichere wirtschaftliche Lage löst einen eigentlichen Teufelskreis aus: Aus Angst vor der Zukunft legen viele Leute Ersparnisse an, anstatt ihr Geld für Konsumgüter und Dienstleistungen auszugeben. Dies verschärft die binnenwirtschaftliche Rezession zusätzlich.

Während zahlreiche Entlassungen die Unternehmen entlasten, belasten sie den Staat bis an die Schmerzgrenze. Die öffentliche Hand muss für immer mehr Arbeitslosengelder und Fürsorgeleistungen aufkommen, während die Steuereinnahmen zurückgehen.